

5. Fazit

Die Studie verfolgte das Ziel, islampolitische Positionen deutscher Bundestagsparteien im Zeitraum von 2015 bis 2021 nachzuzeichnen und diskursanalytisch zu interpretieren, um Aussagen darüber treffen zu können, was im offiziellen Diskurs über Islam und Muslim*innen in Deutschland sagbar ist. Innerhalb der Demarkierung des Sagbarkeitsraumes war ferner von Interesse, diskursive Verknüpfungen aufzuzeigen und diese rassismuskritisch zu analysieren: Mit welchen Themen wird islamische Religiosität verknüpft? Welche Eigenschaften werden Muslim*innen kollektiv zu- und abgesprochen? Wie häufig sind Islam und Muslim*innen Thema im offiziellen Diskurs und wie gestalten sich Unterschiede und Gemeinsamkeiten im offiziellen Diskurs?

Wie die theoretischen Ausführungen gezeigt haben, wird das Thema Islam in Deutschland zwischen klassisch liberalen, postmigrantischen und rassismuskritischen Ansätzen unterschiedlich analysiert und bewertet. Die dominanten Dimensionen des antimuslimischen Rassismus Bedrohungsszenarien, Ausgrenzungen im Integrationsdiskurs sowie Ausschließungen im Anerkennungsdiskurs ziehen sich wie ein roter Faden durch Parteiprogramme und Parlament – mit Unterschieden in Quantität und Intensität. Dabei hat sich die Analyse an einer rassismuskritischen Lektüre der Programme und Reden orientiert, jedoch ohne dabei aus den Augen zu verlieren, dass die politischen Akteure in einem liberalen politischen System agieren, welches – das konnte durchaus belegt werden – sich durch seine Heterogenität und Durchlässigkeit für viele verschiedene Positionen auszeichnet. Grundsätzliche politische Orientierungen, zeitlicher Kontext, wichtige, diskursinduzierende Ereignisse bzw. Entwicklungen wurden bei der Analyse berücksichtigt, um während der Interpretation bestehende politische Unterschiede nicht einzuebnen.

In komprimierter Form sollen im Folgenden die zentralen Ergebnisse zusammengefasst werden:

1. Der Islam ist im Parteiensystem die zentrale Differenzkategorie. Es zeigt sich, dass er kontinuierlich Gegenstand diskursiver Anrufungen und Konstruktionen ist. Unterschiede lassen sich zwischen Bundes- und Landesebene sowie zwischen den einzelnen Parteien feststellen: Auf Bundesebene wird der Islam in der

Tendenz häufiger thematisiert als in den Landesverbänden. Im Deutschen Bundestag gibt es sehr häufig Debatten mit Islambezug. Die allgemeine Stoßrichtung der Debatten und Thematisierungen ist von stereotypen Vorstellungen und Narrativen geprägt.

2. Die diskursive Erzeugung von Differenz verläuft entlang der paradigmatischen Diskurse Bedrohung/Sicherheit, (mangelhafte/unmögliche) Integration und *Leitkultur*/kulturelle Zugehörigkeit samt zugehöriger Subdiskurse. Die Differenz zeichnet sich durch eine dichotome Konfiguration zwischen Wir und Sie aus, wobei die eingesetzten antimuslimischen Narrative zugleich eine identitätsstiftende und stabilisierende Funktion nach innen ausüben. Es herrscht in unterschiedlicher Ausprägung, mal in manifest-expliziter, mal in latent-impliziter Weise, eine hegemonial-exkludierende Sichtweise auf Islam und Muslim*innen, die sie zum Objekt dominanzgesellschaftlicher Anpassung und Steuerung macht. Der Islam erscheint im politischen System Deutschlands noch immer überwiegend als eine *gefährliche, fremde und unzugehörige Religion*, deren Existenz in normativer und sozialer Hinsicht nicht normalisiert ist und einer christlich-jüdischen Historie und Kultur dichotomisch entgegengesetzt wird, wobei die *christlich-westliche* Verfolgungsgeschichte des Judentums in Europa systematisch ausgeblendet und z.T. durch die narrative Figur des spezifisch islamischen Antisemitismus abgespalten und nach Außen projiziert wird. Kulturelle Zugehörigkeit wird zwar sehr häufig in Parlamenten, Programmen und über Medien diskutiert. Es zeigt sich jedoch, dass die Bundesrepublik Deutschland noch weit entfernt davon ist, Muslim*innen und Islam als selbstverständlichen Bestandteil der Gesellschaft zu betrachten. Nur sehr selten finden sich Programme oder Reden, die völlig oder annähernd frei von antimuslimischen Stereotypen, islamfeindlichen Positionen oder politischen Erziehungsmaßnahmen, etwa in Form von obligatorischen Integrationskursen, sind: Der Landesverband Baden-Württemberg der SPD, die Grünen Landesverbände Hamburg und Berlin, die Landes- und Bundesverbände der Linken stechen in dieser Hinsicht hervor. Mehr noch: Sie zeichnen sich in hohem Maße durch eine inklusive und egalitäre Sprache sowie politische Positionierung aus. Diese Programme zeigen, dass es im offiziellen Diskurs doch möglich ist, politische Themen zu bearbeiten, ohne sich rassistischer oder feindlicher Markierungen zu bedienen. Demzufolge müssen sich die anderen Parteien und Parteigliederungen die Frage gefallen lassen, wieso dies bei ihnen nicht der Fall ist.
3. Vorgefundene, dominante antimuslimische Narrative zeichnen sich durch eine Kulturalisierung sozialer und politischer Phänomene aus, die Muslim*innen einer Perspektive unterwirft, der zufolge ihr Sozialverhalten und ihre normativen Orientierungen pauschal von religiös-kulturellen Vorstellungen und Vorschriften gesteuert wären. Wiederholte Konstruktionen beziehen sich auf den Nexus

Islam und Gewalt/Terror, der mit einer Vermengung von Religion und Ideologie einhergeht. Moscheen erscheinen in diesem Zusammenhang durchgehend nicht als schützenswerte Orte (hier hebt sich nur die Linkspartei vom hegemonialen Diskurs ab), sondern als Orte möglicher Radikalisierung, *islamistischer* Hetze und Aufstachelung zu Gewalt.

4. Weitere typische Verknüpfungen sind Islam und Frauen-, Homosexuellen- und Transrechte, Islam und Menschenrechte, Islam und Glaubens- bzw. Religionsfreiheit sowie Islam und Antisemitismus: Diese Verbindungen fungieren in der Regel als Abwehr- und Legitimationsdispositive, etwa in der Frage der Un/Zugehörigkeit, die *den Islam* als zentrale Gegenkategorie europäisch-christlich-deutscher Identitätskonstruktionen erzeugen und in verschiedenen Politikfeldern (Migration, Integration, innere Sicherheit, Terrorbekämpfung im Ausland) zum Tragen kommen sowie politische Maßnahmen rechtfertigen, in deren Mittelpunkt Muslim*innen stehen.
5. Die Analyse der Bundestagsdebatten im Untersuchungszeitraum hat gezeigt, dass parteipolitische Positionen als Referenzrahmen für Abgeordnete von relativ großer Bedeutung sind. Abweichungen, auch starke Abweichungen, können vorkommen, wie bei den Abgeordneten Christoph de Vries (CDU), Helge Lindh (SPD) oder auch Ulla Jelpke (Linke), die in ihrer Rede abweichend von der herrschenden Parteilinie eine Zugehörigkeitserklärung integriert hat. Doch in der Regel bleiben die Abgeordneten im Großen und Ganzen in den parteipolitisch vorgegebenen Grenzen.

Es hat sich darüber hinaus gezeigt, dass der Einzug der AfD in den Bundestag die parlamentarische Beschäftigung mit dem Islam tendenziell auf eine andere Grundlage gestellt hat: Der Tonfall ist polemischer geworden, die AfD schafft es, die etablierten bürgerlichen Parteien mit ihren Anträgen diskursiv vor sich her zu treiben. Die analysierten Debatten über die angebliche Unvereinbarkeit von Rechtsstaat und Islam sowie Integration (Anträge der AfD) haben deutlich gezeigt, dass die anderen Bundestagsparteien häufig den Diskurs annehmen, versuchen sich als Aktivposten gegen *Islamisierung*, Radikalisierung etc. hervorzu-tun, anstatt die meist kruden, von Hetze geprägten, Thesen der AfD zurückzuweisen. Es sei dahingestellt, ob der Sagbarkeitsraum durch die AfD nun (stark) erweitert wurde, oder ob durch ihre Agitation vorhandene Ressentiments *nur* offener ausgesprochen werden. In jedem Fall hat es die AfD geschafft, ihre Agenda in den Bundestag einzubringen.

6. Hinsichtlich möglicher Unterschiede in Intensität und Häufigkeit identitätsstiftender Positionierungen und damit zusammenhängender Zuschreibungen und Abwertungen gegenüber islamischen Normen und Werten, hat die Analyse einen klaren Bruch im politischen System entlang der Links-Rechts-Achse aufgezeigt: Die AfD und die CDU/CSU heben sich deutlich von den anderen Parteien ab, betrachtet man die Häufigkeit identitär-(leit-)kultureller Anru-

fungen eines *christlich-abendländisch-westlichen* Deutschlands, dessen Werte, Traditionen, Sprache und Kultur als Norm gesetzt werden, an denen sich Muslim*innen zu orientieren und anzupassen haben.

Zwar gibt es große Unterschiede zwischen beiden Parteien was Sprachstil, eingesetzte Bedrohungsszenarien, kulturell-identifikative Leitmotive und die grundsätzliche Haltung zum Islam angeht. Zugleich sind im Bereich des Integrations- und Un/Zugehörigkeitsdiskurses, aber auch im Bereich des Sicherheitsdiskurses argumentative Ähnlichkeiten und fließende Übergänge festzustellen. Die FDP ist zwar im Mitte-Rechts-Spektrum zu verorten. Allerdings nimmt sie im Islamdiskurs eher eine Sonderrolle ein, da sie sich in ihrer Positionierung erheblich von AfD und den Unionsparteien abhebt. Im Einzelnen:

- a) Die AfD lehnt *den Islam* im Prinzip gänzlich ab und hält ihn für nicht integrierbar und gefährlich. Der Islam ist die überragende Thematik, an der sich die Partei in allen Programmen und in den meisten Politikfeldern arbeitet. Sie bedient sich kruder Thesen und konstruiert einen Islam immer wieder durch Rückgriff auf kulturell-rassistische Argumentationsmuster, die sich sprachlich bisweilen an nationalsozialistischem Jargon anlehnen und auch vor verschwörungsideologischen Versatzstücken nicht Halt machen. Islam und Muslim*innen sowie als solche Markierte erscheinen als Ganzes als bedrohlich für die freiheitlich-demokratische Grundordnung, in einer Bundestagsdebatte fordert die AfD in verklausulierter Form sogar das Verbot des Korans, was einen eklatanten Verstoß gegen die grundgesetzlich garantierte Religionsfreiheit darstellen würde. Als einzige Partei positioniert sich die AfD explizit gegen eine kulturelle Zugehörigkeit des Islams, die Kategorien deutsch und muslimisch schließen sich bei der AfD aus. Eine solche Ablehnung der Zugehörigkeit ist in der weit überwiegenden Mehrzahl der Parteiprogramme der AfD zu finden. Kurz: Dämonisierung, Delegitimierung und Unwahrheiten zeichnen den Islamdiskurs der AfD aus, die mit ihren extremistischen Positionen weit außerhalb des liberalen Spektrums steht. Mehr noch: Mit ihrer Hetze schürt sie in der Bevölkerung vorhandene Ressentiments und Ängste gegen Muslim*innen, was zu einer weiteren Normalisierung von Rassismus und Gewalt führt.
- b) Die beiden Parteien CDU und CSU sind im bürgerlichen Spektrum in islapolitischen Diskursen am weitesten rechts angesiedelt, wobei der Diskurs differenzierter als bei der AfD ist. Bei der CDU/CSU sind vor allem im Bereich der Integration kultur-identifikative Elemente dominant, die immer wieder ein christlich-jüdisch-aufklärerisches Weltbild als Ausschlussinstanz islamischen Normen gegenüberstellen und aufwerten. Die Analyse hat gezeigt, dass Integration vorwiegend als assimilatorisches Instrument konstruiert wird, welches *dem Islam* und Muslim*innen in

kultureller Hinsicht eine Anpassungsleistung abfordert. Hier besteht, wie einige Argumentationen durch den Abgeordneten de Vries im Bundestag verdeutlicht haben, eine Anschlussfähigkeit an weiter rechts stehende politische Positionen. Auch wenn er für die politische Ausrichtung der Fraktion nicht so bedeutend sein sollte, muss sich die CDU dennoch die Frage gefallen lassen, wieso dieser Abgeordnete bei den wichtigsten islampolitischen Debatten der letzten Jahre die CDU im Bundestag wiederholt vertreten durfte?

Ein großer Unterschied zur AfD existiert hinsichtlich der grundsätzlichen Haltung: Für die Unionsparteien ist der Islam nicht prinzipiell bedrohlich oder *unintegrierbar*. Vielmehr konstruieren sie einen liberalen, *integrationsfähigen und –willigen* Islam, dem sie einen konservativen, bedrohlichen, *nicht integrationsfähigen und –willigen Islam* gegenüberstellen. Letzterer wird in Bedrohungsszenarien immer wieder angerufen und als zu bekämpfendes, äußeres *Anderes* einer liberal-rechtsstaatlichen Ordnung konstruiert, der gewalttätigen Formen des Fundamentalismus ideologisch vorgelagert sei. Die Übergänge zwischen Islam und *Islamismus* gestalten sich in der diskursiven Konstruktion der CDU/CSU z.T. fließend und sind an AfD-Positionen anschlussfähig. Doch auch die paternalistische Konstruktion eines liberalen Islams durch nichtislamische Akteur*innen läuft im Kern auf eine rassistische Assimilationspolitik hinaus, die in unsublimierte Formen islamischer Religiosität grundsätzlich eine Gefahr sieht.

Dieser Eindruck wird dadurch verstärkt, dass die CDU, obwohl sie den Diskurs um die kulturelle Zugehörigkeit erst ins politische System eingeführt hat, sich auf programmatischer Ebene bis heute nicht wenigstens zu einer klaren Anerkennung des sogenannten liberalen Islams durchringen konnte. Allerdings, das soll auch betont werden, finden sich in ihren Programmen keine expliziten Ablehnungen der kulturellen Zugehörigkeit, wie es bei der AfD überwiegend der Fall ist.

- c) Die FDP nimmt im politischen Spektrum eine klassisch (neo-)liberale Position gegenüber Islam und Muslim*innen ein. Anstatt auf ausschließende Rhetorik mittels Begriffen wie *Parallelgesellschaft*, *Clankriminalität* oder *No-Go-Areas* zu setzen, wie sie auch bei der CDU/CSU zu finden sind, setzt sie auf Offenheit, eine nüchterne Sprache und ein Einwanderungsgesetz, das sich an ökonomischen Nützlichkeitsabwägungen orientiert. (Neo-)liberale Toleranz, ökonomische Nützlichkeitsabwägungen hinsichtlich Migration, kaum kulturalistisch-ausschließende Argumentationen sowie ein vollständiges Fehlen von identitätsstiftenden diskursiven Bezügen hinsichtlich deutscher Traditionen oder einem *christlich-jüdischem Abendland* zeichnen die Argumente der Partei aus.

Die Betonung der Religionsfreiheit korrespondiert allerdings nicht mit

Zugehörigkeitserklärungen, die auf Bundesebene vollkommen fehlen. Antimuslimische Narrative nehmen bei der FDP viel weniger Raum ein als bei AfD und Unionsparteien. Vielmehr orientiert sie ihre politische Programmatik an rechtsstaatlichen Prinzipien, dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit und einer maßvollen Rhetorik. Was jedoch auffällt ist die Tatsache, dass die FDP 2017 Islamfeindlichkeit in ihrem Bundestagswahlprogramm noch explizit erwähnt und verurteilt, während sie dies vier Jahre später nicht mehr tut.

7. Im Mitte-Links-Spektrum zeigt sich ein gänzlich anderes Bild: Insgesamt ist dieses Spektrum nicht frei von antimuslimischen Narrativen (mit Ausnahme der Linkspartei). Allerdings sind Quantität und Intensität solcher Diskurse viel schwächer ausgeprägt. Eine strukturell-ideologische Verankerung antimuslimischer Narrative (bei AfD und CDU/CSU) macht in der Tendenz eher islamfeindlichen Positionen und Einstellungen Platz (SPD, FDP, Grüne, Linke). Darüber hinaus ist anzumerken, dass im Mitte-Links-Spektrum Benennungen von Islamfeindlichkeit und antimuslimischem Rassismus sowie die Bekämpfung des Rechtsextremismus als politisches Ziel keine Ausnahmen bleiben. Zugehörigkeitserklärungen kultureller Art lassen sich hier immer wieder finden, mal in expliziter Weise, oft jedoch in eher implizit-indirekter Weise, an die jedoch viele Bedingungen geknüpft sind und *den Islam* verstärkt zum Gegenstand politischer Steuerung und Anpassung machen. Insgesamt besteht in diesem Bereich noch erheblicher Verbesserungsbedarf – wenn man die grundlegende Prämisse nationaler Zugehörigkeit teilt. Jedoch hat die Analyse auch gezeigt, dass es zwischen den unterschiedlichen Akteuren z.T. große Unterschiede gibt. Im Einzelnen:

- a) Die SPD zeichnet sich über weite Strecken durch inkonsistente Positionierungen aus, was im Einklang mit anderen Forschungsergebnissen steht (Kneip/Henkes 2009). Sehr inklusive und egalitäre Passagen stehen neben zum Teil sehr ausschließenden, deutsch-hegemonialen Passagen, die Muslim*innen zum Objekt politischer Kontrolle machen (insbesondere im Sicherheitsdiskurs). Sehr schwammig ist ihre Haltung überdies im Bereich der Integrationspolitik, wo sie merkwürdig oberflächlich bleibt, jedoch ohne dies mit kulturalistischen Klischees zu verbinden. Ihre Position ist hier wie im Zugehörigkeitsdiskurs tendenziell inklusiv.

Interessant ist der Versuch der SPD, eine Art gegenhegemoniale Leitkultur sozialdemokratischer Prägung zu entwerfen, die andere, inklusiv-solidarische Werte in den Vordergrund rückt, um ein Leitbild für alle Menschen in Deutschland zu schaffen. Implizit geht sie hierbei von einem postmigrantisch-pluralen Gesellschaftsbild aus, ist im Bereich einer expliziten Anerkennung der Zugehörigkeit des Islams jedoch inkonsistent: Nur wenige Landesverbände haben eine solche Erklärung bzw. abgeschwächte

Derivate davon in ihren Programmen. Auf Ebene der Bundespartei fehlt eine solche Formulierung im Bundestagswahlprogramm 2021 nachdem 2017 eine solche Formulierung noch im Programm war.

- b) Die Grünen nehmen im Mitte-Links-Spektrum sicherlich eine Mittelposition zwischen SPD und Linkspartei ein, mit Ausschlägen in beide Richtungen. Ihre programmatische Diversitätsaffinität steht neben Warnungen vor *islamistischem* Terrorismus und hegemonialen Diskursbezügen zu Themen wie Migration und Integration, wo sie sich kaum von der SPD oder der FDP unterscheidet.

Zugleich positioniert sich die Partei als antifaschistische Stimme, warnt vor Rechtsextremismus, z.T. auch vor antimuslimischem Rassismus, benennt Anschläge in Hanau und Halle sowie den NSU-Komplex und nimmt die Perspektive von Muslim*innen als potenzielle Opfer rassistischer Gewalt ernst. Allerdings fehlt im neu verabschiedeten Zusatzprotokoll ihrer Satzung aus dem Jahr 2020 (»Vielfaltstatut«) neben der Nennung von Antisemitismus und Antiziganismus die explizite Benennung von antimuslimischem Rassismus.

Im Bereich kultureller Zugehörigkeitserklärungen fällt zudem die widersprüchliche Positionierung der Partei auf: Diese knüpft sie an sehr viele Bedingungen, die zwar nicht auf kulturalistisch-identifikativen Prämissen beruhen, sich jedoch z.T. manifester Bedrohungsszenarien bedienen und im Ergebnis auf eine vollkommene Anpassung muslimischen Lebens in Deutschland hinauslaufen, die durchaus anschlussfähig an Formulierungen der CDU/CSU sind.

Kurz: Normalisierte Diskurse zu Integration und Bedrohungsszenarien sowie eine kritische Haltung zu Rassismus und Rechtsextremismus stehen bei den Grünen häufig nebeneinander. Der bisweilen paradoxe Eindruck, der bei den Grünen entsteht, mag auf alte Konflikte zwischen dem auf Regierungsfähigkeit abzielenden »Realo-Flügel« und dem »Fundi-Flügel« zurückgehen, der der Beibehaltung ideologisch-programmatischer Grundsätze verhaftet ist.

- c) Die Linke stellt eine Ausnahme im politischen System dar. Ihre politisch-ideologische Positionierung lässt sich als antifaschistischer, antirassistischer Internationalismus beschreiben, der kompromisslos den Kampf gegen Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus in den Mittelpunkt stellt. Antimuslimische Narrative sind in den untersuchten Programmen und den Reden im Bundestag praktisch nicht vorhanden. Im Gegenteil: Antimuslimischer Rassismus wird häufig verurteilt, Moscheen werden von der Linkspartei als einzigem kollektiven Akteur als schützenswerte Orte und nicht als Orte möglicher Radikalisierung benannt, Angriffe

auf sie verurteilt sowie die zweifelhafte Rolle der Verfassungsschutzämter im NSU-Komplex angesprochen.

Ihre Positionen sind durchgehend konsistent und stehen denjenigen der AfD diametral gegenüber. Kulturalistische Argumentationen sind der Partei ebenso fremd wie Zugehörigkeitserklärungen, die nicht einmal in Ansätzen in ihren Äußerungen zu finden sind. Sie beschränkt sich stattdessen auf linke Grundsätze wie Solidarität, soziale Teilhabe und Partizipation für alle – jenseits ethnisch-religiöser Zuschreibungen und Konstruktionen. Es stellt sich hier allerdings die Frage, ob eine Positionierung im Zugehörigkeitsdiskurs abseits ihrer ideologischen Haltung im Sinne des Konzepts der Allyship politisch nicht zielführender für Muslim*innen in Deutschland ist.